

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Bochum

Haushaltsrede zur Ratssitzung am 15. Dezember 2022

Haushaltsentwurf 2023/2024 der Stadt Bochum

Felix Haltt

Fraktionsvorsitzender

– Es gilt das gesprochene Wort. –

Sperrfrist: Beginn der Rede

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

dieses Mal soll es also wieder ein Doppelhaushalt sein. Das ist legitim, diese Möglichkeit räumt die Gemeindeordnung der Verwaltung durchaus ein. Zweifellos macht ein zweijähriger Haushalt der Kämmerei und auch allen anderen Dezernaten weniger Arbeit. Die Haushaltsunterlagen samt Erläuterungen müssen nicht erstellt werden. Und die kommunalen Gremien werden nicht über drei Monate hinweg mit Beratungen beschäftigt werden. Doch ein Doppelhaushalt hat nicht nur Vorteile.

Mit einem Doppelhaushalt gibt es ein Stück weniger Transparenz für die finanzielle Lage der Kommune. Ein Schlaglicht auf die Situation gibt es eigentlich nur in den Haushaltsberatungen. Nur dann dringen die Rahmendaten an die Öffentlichkeit. Und machen mir uns nichts vor, selbst dann sind es wahrscheinlich nur die wichtigsten Zahlen. Ein Doppelhaushalt nimmt aber auch den Ratsmitgliedern und Bezirksvertretern Einflussmöglichkeiten. Ein Beratungsgang fällt quasi aus. Es gibt keine Möglichkeit, mit Anträgen den Haushalt zu verändern. Aus diesen Erwägungen waren wir bereits in der Vergangenheit immer skeptisch gegenüber Doppelhaushalten.

Seit mittlerweile über 20 Jahren bin ich an kommunalen Haushaltsberatungen beteiligt. Noch nie waren die Rahmenbedingungen für einen Doppelhaushalt so schlecht wie jetzt. Corona-Krise und Ukraine-Krieg haben auch künftig noch Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen für einen Haushalt. Inflation, Zinsentwicklung, Baukosten, Steuereinnahmen, Flüchtlingszahlen, Energiekosten, Personalkosten, Wirtschaftsentwicklung – all diese Rahmenbedingungen hängen eng miteinander zusammen und lassen sich in dieser Krisensituation kaum - und schon gar nicht für zwei Jahre – wirklich einschätzen.

Selbst ein SPD-Bezirksvertreter hat daher während der Haushaltsberatungen im Bochumer Osten gefragt, warum angesichts solcher Unsicherheiten überhaupt ein Doppelhaushalt aufgestellt wird. Auch die Kämmerin hat betont, dass die zukünftige Entwicklung des Bochumer Haushalts von der wirtschaftlichen Bewältigung der anhaltenden und sich neu entwickelnden Krisen abhängt. Woher sie trotz dieser Einschätzung jedoch ihre Zuversicht nimmt, einen Doppelhaushalt zu stemmen, ist uns jedenfalls nicht ersichtlich geworden. Wir befürchten vielmehr, dass die Gefahr für einen Nachtragshaushalt sehr hoch ist. Und wird er nötig werden, wird die FDP-Fraktion dafür die Verantwortung aufrufen. In einer solchen Krisenlage ist für uns ein Doppelhaushalt weder grundsätzlich noch in der konkreten Situation verantwortbar.

Die Beratungen des Doppelhaushalts waren übrigens bemerkenswert. Rot-Grün hat sich quasi den Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen entzogen. Die Koalitionäre haben sich zu Oppositionsanträgen zwar zu Wort gemeldet, aber nur um sie per se abzulehnen. Selbst wurden keine Initiativen eingebracht. Begründet wurde dies mit dem Umstand, dass der Haushalt doch so sehr auf Kante genäht sei wie selten. Auf uns wirkte das

widersprüchlich: Auf der einen Seite einen eng konzipierten Haushalt fast schon verbissen verteidigen, auf der anderen Seite jedoch die erwähnten Unsicherheiten ausblenden und einen Doppelhaushalt unterstützen.

Ebenso macht ein anderes Merkmal der diesjährigen Haushaltsberatungen Grund zur Sorge. Es hat sich in Bochum abgespielt, dass im Frühjahr der Verwaltung Eckwerte für den kommenden Haushalt mitgegeben werden. Dagegen ist grundsätzlich nichts zu sagen. Tatsächlich hatte der entsprechende Antrag von Rot-Grün mit Eckwerten wenig zu tun, denn Leitziele mussten einem Sammelsurium kleinteiliger Einzelmaßnahmen weichen. Die mögliche Durchführung eines stadtweiten Schulzirkusfestivals ist vielleicht wünschenswert, aber sicherlich kein Leitziel für einen Haushalt, bei dem sich Erträge und Aufwendungen jeweils auf fast 1,7 Mrd. Euro belaufen.

Warum sehen wir diese Vorgehensweise mit Sorge? Weil damit Projekte vor die Klammer gezogen werden. Sie werden damit den konkreten Beratungen in den Fachausschüssen entzogen. Es gibt kein abwägendes Für und Wider in der Debatte. Es gibt für die Opposition dann eigentlich keine Mitwirkungs- und Ergänzungsmöglichkeiten mehr. Projekte der Fach- und Haushaltsberatung zu entziehen, widerspricht aus unserer Sicht einer transparenten Kommunalpolitik.

Nicht fehlen durfte in den Haushaltsberatungen dann aber auch nicht ein rot-grüner Koalitionskrach. Nachdem man im letzten Jahr um Flächenausweisungen gestritten hatte, scheint ein jährlicher Koalitionskrach geradezu obligatorisch. Allerdings stellt man sich schon die Frage, warum man ihn vom Zaune bricht. Denn der Verlauf ist immer gleich: die grüne Ratsfraktion springt vollmundig als Tiger los und landet dann als Bettvorleger. Dieses Mal musste das grüne Anliegen sich vom SPD-Fraktionsvorsitzenden gar als „Sturm im Wasserglas“ verspotten lassen. Dass sich das eine 20köpfige Fraktion so gefallen lässt, ist schon bemerkenswert.

Aber vielleicht wollen wir gar nicht so genau wissen, was da so passiert, wenn sich die Fraktionsvorsitzenden von SPD und Grünen zur Konfliktlösung „tief in die Augen schauen“. Ohnehin scheint die Koalition schon mit wenig zufrieden. So wird der Verzicht auf Steuererhöhungen, was eigentlich der Normalzustand sein sollte, gleich schon zur Besonderheit und zum Ausdruck, dass man doch angeblich mit Geld umgehen könne. Ob der der SPD-Fraktionsvorsitzende gemerkt hat, dass er damit früheren Haushalten der rot-grünen Koalition attestiert hat, nicht seriös gewirtschaftet zu haben?

Eine mögliche Einnahmequelle für den Haushalt 2023/24 ist übrigens unrühmlich weggebrochen. Die Wettbürosteuer, die damals nach Abschluss der rot-grünen Koalitionsverhandlungen groß angekündigt wurde, kommt nicht. Der Kollege Fischer hatte die Gegenargumente gegen die neue Steuer als „alt“ bezeichnet. Vielleicht waren sie es auch, aber sie waren vor allem gut. Und so hat das Bundesverwaltungsgericht die Wettbürosteuer als unzulässig erklärt. Gerne hätten wir als FDP-Fraktion den Aufwand in der Verwaltung zur

Vorbereitung der Wettbürosteuer erfragt. Aber wir wollten keinen zusätzlichen unnötigen Aufwand produzieren.

Aufgrund der Energiekrise hat die Verwaltung 30 Maßnahmen auf den Weg gebracht, um den Verbrauch bis zu 20 % zu senken. Da kann man gespannt sein, ob das funktionieren wird. Wenn man sich die Maßnahmen jedoch genau anschaut, reibt man sich etwas verwundert die Augen. Hausmeister sollen geschult werden, um den Energieverbrauch zu reduzieren. Bewegungsmelder werden optimal ausgerichtet. Heizungsanlagen werden verbrauchsorientiert eingestellt. Es wird ein Verbrauchsdaten-Monitoring eingeführt. Und sogar Heizleitungen sollen besser gedämmt werden. Warum hat man diese Maßnahmen eigentlich nicht vorher gemacht? In einer Stadt, die vor drei Jahren symbolisch den Klimanotstand ausgerufen hat? Viele der nun getroffenen Maßnahmen beweisen eins: Die Stadt Bochum hat viel zu lange Energie verschwendet. Das war schlecht für den Haushalt und für das Klima ohnehin.

Zuletzt kam dann noch ein Thema auf die Tagesordnung, was man fast vergessen hatte, aber die Kommunalpolitik schon lange herumtreibt: die städtischen Alten- und Pflegeheime. Schon vieles wurde versucht, damit sie rentabler werden. Immer wieder war man hoffnungsfroh, endlich die Trendwende zu erreichen. Und wurde letztendlich doch enttäuscht. Statt drei Millionen Euro Gewinn machte die SBO dann doch drei Millionen Euro Verlust. Da kann man dann nur wiederholen, was wir schon vor Jahren gefordert hat: Wir brauchen einen Einstieg in den Ausstieg oder zumindest in einen Teilausstieg.

Zuletzt noch ein kurzer Blick auf künftige Haushalte. Leider hatte Rot-Grün nicht den Mut, sich künftig auch auf einen Bürgerhaushalt einzulassen. In anderen Städten funktioniert diese Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Haushaltsaufstellung – besonders, wenn sie online interessant beworben wird. Der Bochum-Fonds ist dafür kein gleichwertiger Ersatz. Vielmehr sollen die Bochumerinnen und Bochumer nicht nur Vorschläge einreichen können, sondern sie hinterher selbst auch durch Abstimmungen priorisieren. Mit der Online-Beteiligungsplattform hätten wir sogar das nötige Werkzeug, um diese Beteiligungsform durchzuführen. Hier verpasst man eine Chance, das Zusammenspiel zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft auf ein neues Level zu bringen.

Wie Sie sich bei meinen Ausführungen schon denken konnten: Die FDP-Fraktion wird den vorgelegten Doppelhaushalt für 2023/24 ablehnen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!